

## ISO Informationen Nr. 13 (2004)

### Inhalt

Editorial.....	1
Gründerzeiten.....	2
Evaluation des ISO, Konsequenzen.....	4
Briefe aus Düsseldorf.....	5
Beschluss der Mitgliederversammlung des Trägervereins.....	6
Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats.....	7
Einschätzungen des Betriebsrats zur Schließung des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen.....	9
Erreichbarkeit und künftiger Verbleib der Forschungsschwerpunkte des ISO..	12
Publikationen des ISO.....	12

### Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser letzten Ausgabe der ISO-Informationen müssen wir Ihnen mit großem Bedauern mitteilen, dass unser 1971 von René König gegründetes ISO Institut zur Erforschung sozialer Chancen zum Jahresende geschlossen werden muss. Das nordrhein-westfälische Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MWF) hat durch das Aufkündigen der Grundfinanzierung dem Institut die Chance verweigert, seine praxisnahe Grundlagenforschung über Gründe und Folgen der in unserer Gesellschaft immer tiefer werdenden Gräben sozialer Ungleichheiten weiterzuführen. Die Schlie-

ßung erfolgt, obwohl das ISO 2000/2001 - auf Betreiben des MWF - nach den Kriterien des Wissenschaftsrats als sehr erfolgreich bewertet wurde, es auch international einen guten Ruf in den Forschungsfeldern Beruf, Weiterbildung, Arbeitszeit, Organisationsentwicklung und Nachhaltigkeit genießt und nicht zuletzt die Einwerbung von Drittmitteln kontinuierlich gestiegen ist.

Um einen Flurschaden für die Chancenforschung durch eine abrupte Einstellung der Forschungsarbeit zu verhindern, haben Vorstand und Institutsleitung seit Ende 2003 in Rückkoppelung mit dem Ministerium in vielen Verhandlungen Integrationsperspektiven mit der Universität Duisburg-Essen entwickelt. Doch wir mussten hinnehmen, dass es auch für eine Übergangsfinanzierung dieser Auffanglösung vom MWF keine zusätzlichen Mittel geben würde. Weder konstruktive Vorschläge und kollegiale Unterstützung der Universität in einer für sie selbst schwierigen Umstrukturierungsphase noch Proteste des Wissenschaftlichen Beirats konnten die Stilllegung des ISO verhindern. Dennoch ist es den Wissenschaftlern gelungen, ihre Forschungsthemen und Projekte in den Kontext anderer Institutionen zu übertragen, auch wenn ihre Beschäftigung noch nicht in jedem Fall gesichert ist. Trostlos ist allerdings die Perspektive der langjährig im ISO tätigen nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter: Sie werden arbeitslos.

Am Ende bleibt mir nur, der Belegschaft zu danken, die den Niedergang (die „ordentliche Abwicklung“) des ISO gemeinsam mit der Geschäftsführung mit großen persönlichen Enttäuschungen bewältigen musste, den Beirat zu würdigen, der das ISO stets kritisch und kollegial begleitet hat, und dem Vorstand für seine unermüdliche Arbeit für die Erhaltung des ISO zu danken.

Prof. Dr. Walter R. Heinz  
Institutsdirektor

## Gründerzeiten

Anders als von der derzeitigen Landesregierung unterstellt, war das ISO immer ein Institut des Landes Nordrhein-Westfalen, wie aus der **Niederschrift der Gründungssitzung** (am 27. Mai 1971) durch das Landesamt für Forschung selbst deutlich wird:

„Ministerialdirigent Haugg gibt sodann als Tagesordnung der Besprechung folgendes bekannt: zunächst solle der vorliegende Satzungsentwurf durchdiskutiert werden. Im Anschluß daran soll Herr Professor König gebeten werden, das Forschungsprogramm des Instituts darzulegen. Danach soll Herr Engelland vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales das vorläufige Programm des Instituts für Sozialwissenschaftliche Arbeitsforschung erläutern und die sonstigen von diesem Ministerium durchgeführten Untersuchungen in Abgrenzung von dem Forschungsprogramm des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (Berufsforschungsinstitut).

Ministerialdirigent Haugg weist darauf hin, daß beide Institute, das ‚Berufsforschungsinstitut‘ und das ‚Institut für Sozialwissenschaftliche Arbeitsforschung‘, in den Haushaltsentwurf 1972, Einzelplan 06, aufgenommen worden seien. Die Neuanmeldung des zuletzt genannten Instituts und anderer vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales durchgeführte Untersuchungen hätten wohl gewisse Bedenken des Finanzministers hervorgerufen, die ausgeräumt werden müßten. Deshalb und zur Abgrenzung des Programms beider Institute und sonstiger Untersuchungen sei noch eine Besprechung mit dem Finanzminister erforderlich.

Die Satzungsbesprechung solle jedoch jetzt in jedem Fall durchgeführt werden. Ministerialdirigent Haugg erinnert in diesem Zusammenhang an eine Pressemitteilung vom 24. Februar 1969, aus der hervorgehe, daß Herr Ministerpräsident Kühn, der schon zuvor vor dem DGB-Landeskongreß in Aachen die Errichtung eines Instituts für Berufsforschung angekündigt habe, nunmehr mitgeteilt habe, daß dieses Institut unter Leitung von Professor René König seine Arbeit am 1. Juni 1969 aufnehmen werde. Professor König arbeite mit seinen Mitarbeitern bereits seit dieser Zeit an den Forschungsprojekten dieses Instituts, wofür an Mitteln bisher 587.325 DM zugewiesen seien. Es sei nun vornehmste Pflicht dieser Besprechung, die von Professor König vorbereiteten Arbeiten durch die Gründung des vorgesehenen Trägervereins rechtlich zu untermauern.“

Das **Gründungsprogramm des ISO**, dessen eher universalen und eher sozialdemokratisch-technokratischen Entwurf wir auch noch einmal in Erinnerung bringen wollen, ist nie gültig zu Ende geschrieben worden. Bemerkenswert scheint uns im Rückblick, dass manche vorgestellten Arbeitsfelder und Thesen, mit vielleicht etwas veränderter Begrifflichkeit, heute geschrieben worden sein könnten. Was heißt, dass sie politisch nach wie vor nicht in den Griff gerieten – und angesichts des nach wie vor grassierenden Ad-hoc-Maßnahmen-Verständnisses der politischen Klasse wohl auch nicht geraten werden. Und dass an den sozialen Chancen der Menschen im Lande orientierte Wissenschaft alte Fragen neu zu beantworten hat – bis ihre Ergebnisse vielleicht einmal angemessen rezipiert und umgesetzt werden. Womit wir nämlich vor dreimal elf Jahren, in jenen „Frühligen irrer Hoffnung“ allesamt wirklich nicht gerechnet hatten, das war die Persistenz des Primats der privaten Ökonomie und ihre Transformation in den Räuberkapitalismus dieser Tage, wie der folgende Ausschnitt verdeutlicht:

„Es ist keine Frage, daß Richtung, Umfang, Qualität und Quantität des tatsächlich vollzogenen und erfahrenen Wandels nicht die einzig denkbare und auch mögliche Manifestation von Handlungen darstellt. Das Wandlungspotential (...) ist zweifellos vielgestaltiger und mannigfaltiger als die realisierte Einzigartigkeit. Wenn dem so ist, stellt sich aber die Frage nach den Kräften und Gründen, die einer bestimmten Form des Wandels den Vorzug vor anderen möglichen Formen von Wandlungsprozessen geben. Als wildwüchsig bezeichnen wir den bisherigen Wandel deshalb, weil seine Richtung, sein Ausmaß, sein Tempo, seine Ungleichgewichtigkeit auf verschiedenen

Gebieten alleine diktiert sind von wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Sinne privatkapitalistischer Rentabilität und Profitorientierung. Das bedeutet, daß gesellschaftlicher Wandel nur dann verwirklicht wird, wenn er sich in Bedürfnisse transformieren läßt, die befriedigt werden können über das System privatkapitalistischer Vermarktung. Nicht-kommerzialisierbare Bedürfnisse, deren Befriedigung vom wissenschaftlichen und technischen Stand menschlicher Erkenntnisse her prinzipiell möglich wäre, werden unterdrückt bzw. nur insoweit toleriert, als sie notwendige Infrastrukturmaßnahmen darstellen bzw. Veränderungen des ökonomischen Datenkranzes, dessen Parameter die Rentabilitätschancen eines Betriebes bzw. Unternehmens beeinträchtigen.

Mehr und mehr erweist sich die Unzulänglichkeit und die Gefährlichkeit solcher wildwüchsig und anarchisch sich vollziehenden Wandlungsprozesse. Es wächst die Einsicht, daß an die Stelle des zufälligen, ungeplanten Wandels die planerische Antizipation von Wandel zu treten hat, die sich anderer Kriterien und Orientierungspunkte bedient als jener wirtschaftlicher Realisationschancen. Diese Einsicht speist sich nicht nur aus den strukturbedingten Schwächen und Nachteilen privatkapitalistischer Steuerung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels (Vergeudungskapitalismus, Ausdehnung des militärischen Komplexes, alle möglichen Formen von horizontalen und vertikalen Disparitäten), sondern ebenso aus der zunehmend bewußt werdenden Diskrepanz zwischen wissenschaftlich und technisch Möglichem und tatsächlich Realisiertem (Stand der theoretischen Medizin im Vergleich zur sozial verwirklichten Gesundheitsversorgung; Ergebnisse der Sozialisationsforschung im Vergleich zu den aktuell bestehenden Institutionen der primären und sekundären Sozialisation). Zudem scheinen die Intervalle immer kürzer zu werden, nach denen eine Anhebung des infrastrukturellen Niveaus nötig erscheint, eine Aufgabe, die von privatkapitalistischer Initiative nicht bewältigt werden kann.

Die Fortwendung von wildwüchsigen und quasi anarchischen Wandlungsprozessen hin zu geplantem, rationalem, sozialem und wirtschaftlichem Wandel ist ein Vorgang, der sicherlich nicht von heute auf morgen zu erreichen ist.“

## **Evaluation des ISO, Konsequenzen**

In der nach den Kriterien des Wissenschaftsrats im Auftrag des MWF 2000/2001 durchgeführten Evaluation wurde festgehalten:

„Das Institut (ist) einem Forschungsprogramm verpflichtet, das von großer wissenschaftlicher und politischer Bedeutung ist. Mit seinen Transferleistungen ist das Institut in der Lage, ein Land wie NRW im Strukturwandel zu unterstützen.“

Dem MWF wird deshalb empfohlen, das Institut auch weiterhin zu fördern und seine Eigenständigkeit zu bewahren.

Die von den Gutachtern empfohlene Stärkung der Drittmittelinwerbung ist gelungen, ebenso wie der Abschluss eines Kooperationsvertrags mit den Instituten für Soziologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Auch die Einführung der leistungsorientierten Projektförderung durch das MWF anstelle einer stabilen institutionellen Grundförderung und eine 25%ige Kürzung der Finanzierung konnte das Institut durch eine Ausdehnung und Erhöhung der Drittmittel erfolgreich ausgleichen.

## **Briefe aus Düsseldorf**

Mit Datum vom 9. September 2003 läßt die Ministerin für Wissenschaft und Forschung den Institutsdirektor wissen:

„Auch uns ist die Bedeutung des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen, gerade auch im Hinblick auf seine für Nordrhein-Westfalen bedeutsame anwendungsorientierte Forschung, aber auch vor dem Hintergrund seiner internationalen Anerkennung, durchaus bewusst. Wir haben aus den verschiedensten Gründen ein großes Interesse daran, dieses Institut – wie auch zahlreiche andere für das Land wichtige Forschungseinrichtungen – zu erhalten.

Bedauerlicherweise ist die Haushaltsslage des Landes inzwischen aber so dramatisch schlecht, dass erhebliche Einsparungen in allen Bereichen des Landeshaushalts unvermeidlich sein werden. Leider kann auch der wichtige Bereich der Forschungsförderung davon nicht ausgenommen werden.

Konkrete Pläne, die Forschungsförderung aus der Titelgruppe 73, aus der auch das von Ihnen geleitete Institut gefördert wird, einzustellen, existieren hier nicht. Richtig ist allerdings, dass für diese Titelgruppe für den Haushalt 2004/2005 bisher keine Mittel gesichert sind und bis zur Entscheidung des Kabinetts voraussichtlich Ende September und der Entscheidung des Landtags zum Doppelhaushalt voraussichtlich im Januar 2004 eine Planungsunsicherheit besteht, die derzeit aber leider unvermeidlich ist.“

Im Verlauf der darauf folgenden Monate werden vom Ministerium zunächst verschiedene Optionen eröffnet. So wird unter anderem die Integration in die Universität Duisburg-Essen als förderungswürdig anerkannt – bis zum Schreiben des Staatssekretärs vom 20. Februar 2004, in dem er bedauert, dass die Universität eine größere Unterstützung erwartete als die Verteilung der – größtenteils für 2004 gebundenen – Haushaltsmittel des ISO auf die beiden Jahre 2004 und 2005:

„Sehr geehrter Herr Prof. Heinz, sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Bedauern habe ich zur Kenntnis genommen, dass sich die Universität Duisburg-Essen trotz der von hier zugesagten weiteren finanziellen Unterstützung nicht in der Lage sieht, zumindest Teile des ISO in die Hochschule zu integrieren.

Damit sind unsere gemeinsamen Bemühungen um eine Auffanglösung für das ISO im Hinblick auf die auslaufende Finanzierung aus dem Landeshaushalt gescheitert. Andere Möglichkeiten für eine solche Auffanglösung vermag ich nicht mehr zu erkennen.

Entsprechend den Ihnen bekannten Überlegungen stehen für ISO damit im Jahr 2004 noch 863.200 € als Auslauffinanzierung zur Verfügung. Ich bitte Sie nun zu prüfen, ob mit diesem Betrag eine ordnungsgemäße Abwicklung des Instituts im Jahr 2004 möglich ist.

Sollten Sie zu dem Ergebnis kommen, dass wegen bestehender und zu erwartender Verpflichtungen die Mittel für eine ordnungsgemäße Abwicklung nicht ausreichen, mache ich darauf aufmerksam, dass dann die Stellung eines Antrags auf Insolvenz geboten sein kann. Dies wäre zum Schutz aller Beteiligten kurzfristig von der Geschäftsführung und vom Vorstand zu entscheiden.

Für den Fall der Insolvenz stelle ich dennoch die Auszahlung der o.g. Fördermittel in Aussicht, sofern eine Verwendung im Rahmen der Zweckbindung möglich ist (also insbesondere Abwicklung von Drittmittelprojekten). Näheres wäre im Einvernehmen mit dem dann zu bestellenden Insolvenzverwalter zu klären.

Mit freundlichen Grüßen  
Hartmut Krebs“

In überaus konstruktiven Verhandlungen mit den Instituten für Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Uni Duisburg-Essen (an denen auch die Beiratsmitglieder Prof. Kutscha und Prof. Pankoke beteiligt waren), wurde in kurzer Zeit ein Integrationskonzept erstellt. Den Beteiligten auf Universitätsseite und beim ISO war jedoch von Anfang an klar, dass die organisatorische und personalrechtliche Verwirklichung der Integration von einer Übergangsförderung durch Landesmittel abhängig sein würde.

Dementsprechend hatte die Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen am 28.11.2003 folgenden Beschluss gefasst:

### **Beschluss der Mitgliederversammlung des Trägervereins**

„Die Mitgliederversammlung unterstützt die Bemühungen des ISO in Richtung auf eine Integration in die Universität Duisburg-Essen, die vom MWF als Bedingung für eine weitere Förderung des Instituts vorgegeben worden ist. Die Mitglieder-

versammlung unterstreicht die landespolitische und wissenschaftliche Bedeutung des ISO, die es bei dem Übergang in eine andere institutionelle Form durch Aufrechterhaltung des inhaltlichen und personell bewährten Forschungsverbundes im ISO zu erhalten gilt.“

Dieser Beschluss, der mit Zustimmung der Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung und des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit getroffen wurde, erwies sich also als wirkungslos. Allein mit Mitteln Dritter konnte aber das ISO nicht fortgeführt werden. Daher bedeutete die Entscheidung des MWF die Schließung; der im Mai tagende Wissenschaftliche Beirat des Trägervereins konnte sie im Grunde nur noch kommentieren:

### **Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats**

„Mit großer Betroffenheit hat der Wissenschaftliche Beirat des ISO den Beschluss des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung (MWF-NRW) zur Kenntnis genommen, die finanzielle Förderung des ISO ersatzlos zum 31. Dezember 2004 einzustellen. Gegen diese Entscheidung legt der Beirat nachdrücklich Protest ein. Wie das Ministerium weiß und billigend in Kauf genommen hat, ist die Folge die Schließung des Instituts. Der Beirat weist dagegen darauf hin, dass sich das Institut in den mehr als dreißig Jahren seines Bestehens einen ausgezeichneten Ruf im Bereich der empirischen Erforschung der Qualifikationsentwicklung, der Arbeitszeitforschung sowie der politischen Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten verschafft hat. Diese Problemkreise haben angesichts der akuten Bildungs- und Beschäftigungskrise in Deutschland an Bedeutung gewonnen und sind auch in Nordrhein-Westfalen keineswegs gelöst. Obgleich politiknah im Interesse des Landes anerkannt arbeitend, hat das ISO auch in der nationalen und internationalen Forschung große Beachtung und Anerkennung gefunden. Dem ISO sind auf seinen Forschungsfeldern praxisrelevante Pionierleistungen gelungen. Diese Bemühungen haben in den letzten Jahren durch eine Steigerung der Zuwendungen Dritter wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der EU-Kommission sowie durch das erfolgreiche Abschneiden bei der vom Land veranlassten Evaluation nach den Kriterien des Wissenschaftsrats Anerkennung gefunden.

Der Beirat des ISO stellt daher fest, dass mit gesellschafts-, forschungs- und bildungspolitischen Erfordernissen und Prioritäten unvereinbare Erwägungen die Entscheidung des Ministeriums bestimmt haben. Darüber hinaus steht dieses Vorgehen in eklatantem Widerspruch zu den ständig von Bundes- und Landesregierung vorgebrachten Beteuerungen, zur Sicherung des Wissenschaftsstandortes Deutschland alle nur erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen. Vielmehr bedeutet die Schließung des Instituts und das Fehlen einer angemessenen Auffanglösung die Vernichtung einer gewachsenen und anerkannten Forschungskapazität. Für die Beschäftig-

ten, die sich im Vertrauen auf die vom Land anerkannte praxisrelevante Ausrichtung ihrer Arbeit in Verbindung mit ausgewiesener Grundlagenforschung für die Überwindung der Kluft zwischen Politik und Wissenschaft eingesetzt haben, sind damit persönliche Härten und Arbeitsplatzverlust verbunden.

Die das ISO auszeichnende Verbindung von Praxisnähe und Grundlagenforschung sprach für eine Auffanglösung durch eine engere institutionelle Verbindung mit Hochschulen des Landes. Da das ISO den Duisburg-Essener Sozialwissenschaftler durch einen Kooperationsvertrag verbunden ist, bot es sich an – im Zusammenhang mit der Neuordnung der Hochschullandschaft NRW – beide Forschungspotentiale zu integrieren. Dies hätte die Entwicklungsperspektiven der Sozialwissenschaften im Westen der Rhein-Ruhr-Region zukunfts wirksam akzentuiert und aktiviert. Vor diesem Hintergrund bedauert es der Beirat außerordentlich, dass die im November letzten Jahres in Abstimmung mit dem Ministerium verfolgte Perspektive einer Integration von Teilen des ISO in die Universität Duisburg-Essen nicht gelungen ist. Die inhaltlich und organisatorisch erfolgreich verlaufenen Verhandlungen sind daran gescheitert, dass das Ministerium entgegen anderslautenden Zusagen in der entscheidenden Phase nicht bereit war, diesen Prozess finanziell zu unterstützen und damit die Integration erst zu ermöglichen.

Der Beirat fordert das MWF-NRW auf, eine Lösung zu suchen, die eine angemessene Sicherung des wissenschaftlichen Potentials des ISO ermöglicht und soziale Härten vermeidet. Der Beirat erwartet, dass das Ministerium seine forschungspolitische und soziale Verantwortung aktiv wahrnimmt und zumindest

- a) geeignete Maßnahmen ergreift, um das wissenschaftlich und landespolitisch bedeutsame Forschungspotential des ISO durch projekt- und personenbezogene Auffanglösungen ggf. in Kooperation mit anderen Institutionen zu erhalten,
- b) den Vorstand und die Institutsleitung bei der ordnungsgemäßen Abwicklung und Übergabe aktiv und finanziell unterstützt, um die Beantragung eines Insolvenzverfahrens zu vermeiden,
- c) sich aktiv für einen Personaltransfer insbesondere der nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten in andere Dienststellen des Landes einsetzt.

In Kenntnis der Bemühungen des Vorstands und der Institutsleitung um die Erhaltung des Instituts dankt der Beirat allen Beteiligten für ihren außerordentlich belastenden Einsatz für das Institut und spricht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seine Anerkennung für die bisher so erfolgreiche Arbeit aus.

Dank gebührt auch den Professoren an der Universität Duisburg-Essen, die sich um eine Integration des ISO Forschungspotenzials in die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften bemüht haben.

Rückblickend, hält der Beiratsvorsitzende fest, lässt sich nicht nachvollziehen, welche wissenschafts- und forschungspolitischen Gründe zur Beendigung der sozialen Chancenforschung des ISO geführt haben.

„Wir haben aus den verschiedensten Gründen ein großes Interesse daran, dieses Institut ... zu erhalten“ (Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft im September 2003)

### **Einschätzungen des Betriebsrats zur Schließung des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen**

Ein wichtiges Ereignis war die Evaluation, die das Land Nordrhein-Westfalen bei den von ihm finanziell geförderten außeruniversitären geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Instituten ab Herbst 2000 vom Wissenschaftsrat durchführen ließ. Das wesentliche Ziel der Evaluation war die Überprüfung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit; die Begutachtung sollte aber auch eine stärkere drittmittel- bzw. marktorientierte Förderung dieser Institute anregen.

Dem ISO wurde bescheinigt, dass „sowohl die enge Verbindung von Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung, ergänzt durch die Durchführung langfristig angelegter empirischer Untersuchungen, als auch die kontinuierliche Kontaktpflege zu Unternehmen und Verbänden ... die Vorteile dieses Instituts außerhalb der Hochschule“ darstellten. Es gelinge, „eine hohe Grundlagenfundierung der eigenen Arbeit zu sichern und gleichzeitig praxisfeldbezogene Forschung und Beratung durchzuführen“, eine Verknüpfung, die „im Rahmen einer Universität schwer möglich“ wäre. Mit dieser positiven Bewertung verbanden die Evaluatoren die Empfehlung, das ISO weiter zu fördern und nicht in eine Hochschule zu integrieren.

Es folgten unter anderem räumliche Expansion, Verstärkung des Drittmittelanteils, Kontinuierung der Beschäftigung von Projektmitarbeitern, Internationalisierung der Projektarbeit, ein Kooperationsvertrag mit der Duisburger Universität, ein Nachwuchsförderungsplan. Auch Ministerin Kraft würdigte noch im September 2003, zu einem Zeitpunkt, wo die Haushaltsengpässe des Landes längst bekannt und – rückblickend erkennbar – die Prioritäten für die Haushaltsaufteilung weitgehend abgesteckt waren, die „für Nordrhein-Westfalen bedeutsame anwendungsorientierte Forschung“ und formulierte das Interesse des Landes, das ISO zu erhalten. Es kam dezidiert anders, stufenweise aber konsequent.

Wenn betriebliche Interessenvertretungen anlässlich von Betriebsschließungen, wie in diesem Fall, Stellung zu dem dahin führenden Prozess und dem finalen Ereignis selbst beziehen, gehört es zur üblichen Rhetorik, zuvorderst die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Belegschaft und die Qualität der Arbeit überhaupt außer Zweifel zu stellen – da sind wir uns mit den wissenschaftlichen Experten und der Politik offenbar einig –, dann im widrigen Umfeld der gesamtwirtschaftlichen Situation die Anlässe für die Misere auszumachen – Engpässe in öffentlichen Haushalten sind immer ein Stressor für jedwede Förderpolitik – und schließlich ökonomisches und

organisatorisches Miss-Management im eigenen Hause anzuprangern – dieses könnte im Fall ISO, blickt man auf das Ergebnis der Evaluation, wohl nicht als überzeugendes Argument standhalten.

Eine Antwort auf die erstaunten, teils skeptischen Fragen von interessierten externen Kollegen und Kooperationspartnern nach den Gründen für die – einzig im Fall ISO – vom Land beschlossene Einstellung der Forschungsförderung ab 2005 bedarf anderer Argumente. Die Dramaturgie des Prozesses seit dem Landtagsbeschluss über den nordrhein-westfälischen Doppelhaushalt 2004/2005 bestätigte auf unangenehm eindeutige Weise die Einschätzungen derjenigen, die die Entscheidung des Landes, bei wem ab wann wie viel „gespart“ werden sollte, bereits sehr früh von einem Kalkül **politischer** Kosten und daraus resultierender Prioritätensetzung abhängig sahen, Parametern, die noch im Sommer 2003 (in Grenzen) variabel waren.

Während im Hintergrund von kollektiven Bemühungen der in einer gemeinsamen Titelgruppe geförderten und gefährdeten Institute um einen ideell-rationalen Dialog mit der Landesregierung die meisten einzelnen Institute in der politischen Landschaft für ihre eigene Lobby arbeiteten, vertrat die damalige Institutsleitung noch mehrheitlich überzeugt die zentrale Annahme der „Mikado-Theorie“: Wer sich bewegt, hat verloren. Empirisch wurde diese nicht bestätigt. Im Gegenteil – die Lehre lautete: Wer sich nicht aufstellt, den bestraft die Politik.

Wie wenig übertrieben diese Formulierung ist, kann eine Darstellung der Chronologie von Ankündigungen und Entscheidungen des Wissenschaftsministeriums zeigen, die bis in den Sommer dieses Jahres eklatant widersprüchlich, durch Wortbrüche und verschleierte Darstellungen in der Öffentlichkeit gekennzeichnet ist. Weder in der Belegschaft unseres Instituts noch im politisch interessierten öffentlichen Nahbereich wäre die Dramaturgie des ministeriellen Handelns nachvollziehbar, ohne Erklärungsversuche zu bemühen, die von der gezielten Inszenierung einer Abwärtsspirale, einer iterativen politischen Strangulierung des Instituts ausgehen.

- Anfang November wird im Widerspruch zu der brieflichen Würdigung der Institutsarbeit durch die Ministerin der Institutsleitung durch ihren Staatssekretär das Aus der Förderung im Rahmen der Titelgruppe 73 ab 2005 mitgeteilt; im selben Gespräch aber rückt die Option einer partiellen Integration des Instituts in die Universität Duisburg-Essen ins Blickfeld.
- Noch im Januar 2004 signalisiert der Staatssekretär, dass das Ministerium eine solche Integration wohlwollend begleiten und unterstützen wolle, mit der Förderung des Instituts nicht am 31.12.04 Schluss sein solle und man sich über die Höhe der erforderlichen und machbaren „Mitgift“ für den Übergang an die Uni Duisburg-Essen verständigen wolle.
- Im Februar 2004 wird abweichend davon in einem Gespräch zwischen MWF, Universität und ISO seitens des Landes ein geradezu „unmoralisches“ Angebot der finanziellen „Unterstützung“ einer Integration in die Universität gemacht (Umverteilung der Mittel zwischen den Haushaltsjahren), das von der Universität wie vom ISO absehbar nur abgelehnt werden kann.

- Daraufhin werden seitens des Staatssekretärs die Integrationsverhandlungen zunächst für gescheitert erklärt, und gleichzeitig wird dem Institut nun nur noch – aber immerhin – eine Auslauffinanzierung für 2004 in Aussicht gestellt – in einer Pressemitteilung des Ministeriums im März öffentlich wiederholt.
- Im April wird das Institut mit neuen Bedingungen aus dem Ministerium konfrontiert, wonach die gemachte Zusage einer Auslauffinanzierung neuerdings an das Vorliegen einer Apriori-Versicherung gebunden wird, dass seitens des Instituts im Laufe des Jahres eine Insolvenz ausgeschlossen werden könne.
- Im gleichen Zeitraum März/April behauptet der Staatssekretär anlässlich einer Sachverständigenanhörung in einer Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, dass das Ministerium dem ISO drei bis vier Vorschläge für Aufanglösungen gemacht habe, die jedoch allesamt schwierig zu realisieren seien. Daher müsse das ISO nun selbst nach Lösungen suchen, wobei das Ministerium weiterhin (sic!) assistieren werde.
- In Gesprächen mit dem Betriebsrat sagt das Ministerium zunächst Unterstützung bei der Vorbereitung von Personaltransfers einzelner Beschäftigter in andere Einrichtungen zu. Der in Aussicht gestellte Zugang zur Personalagentur NRW wird vom zuständigen Finanzministerium ohne Ansicht der besonderen Umstände verweigert. Einzig der Zugang der nicht-wissenschaftlich Beschäftigten zu Weiterbildungsangeboten des Landes wird vom Wissenschaftsministerium ermöglicht.

Als Gesamteindruck steht fest: Wie wenig wissenschaftspolitische Gestaltungsfähigkeit und -bereitschaft entgegen den Postulaten der Europäischen Union und des Bundes zum Ausbau und zur Konsolidierung der Forschungsförderung im Land Nordrhein-Westfalen vorhanden ist, zeigten bereits die kleinmütigen, aber umso rigideren Maßnahmen zur Einsparung von Landesmitteln, die Kürzungen und Streichungen den Vorzug geben vor einer intelligenten Reorganisation der außeruniversitären Forschungslandschaft. Wie wenig politische und soziale Verantwortung das Land einem Institut gegenüber zeigt, in dessen Trägerverein es mit zwei Ministerien und 50 Prozent der Stimmen vertreten ist, haben das ISO und vor allem seine Beschäftigten hautnah erfahren. Man muss zuvor keine Illusionen in die Moralität professioneller Politik gehegt haben, um angesichts der Dramaturgie der Abwicklung dennoch einen weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit und Integrität der landespolitischen Akteure festzustellen.

Auf der anderen Seite bedurfte es ebenso wenig großer Hoffnungen in das Handeln der eigenen Leitung, um am Ende der entscheidenden Phase (Frühjahr bis Herbst 2003) von den Ergebnissen mindestens enttäuscht zu sein. Weder eine neue, strategisch geschickte Geschäftsführung, noch die späte Einsicht des Vorstands konnten danach an Richtung und Tempo des Abwicklungsprozesses noch Wesentliches ändern. Bezeichnend ist in jedem Fall, dass keiner der Protagonisten dieses insgesamt unwürdigen Prozesses dessen Folgen „ausbaden“ muss. Das bleibt dann doch – wieder einmal – den (meisten) Beschäftigten überlassen – die es bald nicht mehr sind und die auf einem real nicht existierenden Arbeitsmarkt den bisherigen Erfahrungen zufolge kaum Chancen haben.

## Erreichbarkeit und künftiger Verbleib der Forschungsschwerpunkte des ISO

Das Stammhaus des ISO in der Kuenstr. 1 b des Kölner Stadtteils Nippes wurde am 22. Oktober geschlossen. Die Adressen, unter denen die verbliebenen Wissenschaftler der drei Forschungsschwerpunkte des ISO zukünftig zu erreichen sind, werden sich dann, zum Teil mehrfach, ändern.

Die Kollegen der Forschungsschwerpunkte **I und III** (Martin Birke, Axel Bolder, Stefan Naevecke, Sylvia Schulte und Michael Schwarz) sind bis zum 17.12.2004 noch in der Dépendance in der Neusser Straße zu erreichen.

**Postadresse:** ISO, Neusser Str. 219, 50733 Köln

**Telefon:** Zentrale: 0221 888 1120-0; Fax: -9

Birke: -7, Bolder: -5, Naevecke: -2, Schulte: -5, Schwarz: -8

Danach trennen sich die Wege. Nach derzeitigem Stand wird

- der FSP I (Lernprozesse und Partizipation) ab 01.01.2005 in der Universität Duisburg-Essen,
- der FSP II (Arbeit und Lebenswelt) ab sofort,
- der FSP III (Organisation und Ökologie) ab 01.01.2005 im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs)

zu erreichen sein.

**Postadresse** der Kollegen des **FSP I** (Klaus Birkelbach, Axel Bolder, Stefan Naevecke): Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg, Institut für Erziehungswissenschaft, Fachgebiet Wirtschaftspädagogik/Berufliche Aus- und Weiterbildung, Geibelstr. 41, 47057 Duisburg

**Telefon:** 0203 379-3959 (Birkelbach), -1916 (Bolder, Naevecke), Fax: -3844

**Postadresse** der **FSPe II und III** (Hermann Groß, Michael Schwarz): Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs), Evinger Platz 17, 44339 Dortmund

**Telefon:** 0231 8596-0

## Publikationen des ISO

Behringer, Friederike, Axel Bolder, Rosemarie Klein u.a. (Hg.): Diskontinuierliche Erwerbsbiographien. Zur gesellschaftlichen Konstruktion und Bearbeitung eines normalen Phänomens, Hohengehren: Schneider 2004

Bolder, Axel, Andreas Witzel (Hg.): Berufsbiographien – Beiträge zu Theorie und Empirie ihrer Bedingungen, Genese und Gestaltung. Eine etwas andere Festschrift für Walter R. Heinz aus Anlass seines 60. Geburtstags, Opladen: Leske + Budrich 2003

Dörre, Klaus, Walter R. Heinz, Jürgen Howaldt (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Vom „Was“ zum „Wie“, Münster: LIT 2004

Lauen, Guido, Michael Schwarz, u.a.: Beteiligung im betrieblichen Umweltschutz. Ein Leitfaden für Betriebsräte, Berlin: Erich Schmidt 2004

Linne, Gudrun, Michael Schwarz (Hg.): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Opladen: Leske + Budrich 2003

Noch bis zum **10.12.2004** können über das ISO folgende Titel bestellt werden:

Bolder, Axel, u.a.: Weiterbildungsabstinenz, 1. Makrostrukturen und Bedingungen von Weiterbildungsteilnahme und -abstinenz in Deutschland 1993 (= Berichte des ISO, 49), Köln, 1994

Bolder, Axel, u.a.: Weiterbildungsabstinenz, 2. Kontexte des Handelns – Die Mesoebene als intermediärer Ort der Vermittlung zwischen weiterbildungsrelevanten gesellschaftlichen Institutionen und individuellem Lebenszusammenhang (= Berichte des ISO, 50), Köln, 1997

Bolder, Axel, Wolfgang Hendrich, Andrea Reimer: Weiterbildungsabstinenz, 4: Bildungsappell, subjektive Relevanzen und Arbeitsmarktkonformität: Auf der Suche nach Ansatzpunkten pädagogischer Intervention (= Berichte des ISO, 58), Köln, 1998

Bauer, Frank, Hermann Groß, Eva Munz, Suna Sayin: Arbeits- und Betriebszeiten 2001. Neue Formen des betrieblichen Arbeits- und Betriebszeitmanagements – Ergebnisse einer repräsentativen Betriebsbefragung (= Berichte des ISO, 67), Köln, 2002

Rüttgers, Martin, Michael Schwarz: Bürgerengagement für mehr Beschäftigung. Unterstützungsangebote in NRW (= Berichte des ISO, 68), Köln 2003

Janssen, Maike, Meike Nienhaus: Wege in die „neue“ Selbständigkeit. Erfahrungen und Handlungsempfehlungen von Akteuren im regionalen Handlungsgeschehen (= Berichte des ISO, 69), Köln, 2003

Bauer, Frank, Hermann Groß, Klaudia Lehmann, Eva Munz: Arbeitszeit 2003. Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsorganisation und Tätigkeitsprofile (= Berichte des ISO, 70), Köln, 2004

Rüttgers, Martin, Michael Schwarz: Bürgerstiftungen in Deutschland – Vorbilder für Köln? Eine empirische Studie zur Gründungsstrategie einer Kölner Bürgerstiftung (= Berichte des ISO, 71), Köln, 2004